



© David Zehnder



ERFOLGREICHE SP

Wir alle dürfen stolz sein

Auf Pascale Bruderer Wyss – Sie wurde im ersten Wahlgang zur Ständerätin gewählt. Dieses Endergebnis ist historisch. Weil die SP Kanton Aargau erst zum zweiten Mal im Ständerat vertreten ist. Ich war stolz, im Namen der ganzen Partei Pascale im Rathausgarten gratulieren zu dürfen.

Auf die Kandidierenden – Sie haben dieses Mal alles gegeben. Sie wussten, um was es geht, und haben sich mit Hingabe, einige bis fast zur Selbstaufgabe, engagiert. Ich war, und bin es noch, stolz auf jede einzelne Kandidatin, jeden einzelnen Kandidaten.

Auf die Wählerinnen und Wähler – Sie haben uns zu einem Dreifacherfolg verholfen. Wir haben, allen strategischen und taktischen Manövern anderer zum Trotz, weiterhin drei NationalrätInnen. Und wir haben wählerprozentmässig, wenn auch nur leicht, zugelegt. In absoluten Zahlen ist es noch besser: Wir haben «jede Menge» WählerInnen mehr als vor vier Jahren. Ich bin stolz, Präsident dieser Kantonalpartei zu sein, einer von sechs SP-Kantonalparteien, die am Wahlwochenende zugelegt haben.

Auf uns selbst – enorm viele Genossinnen und Genossen haben sich engagiert in diesem Wahl-

kampf. Sie haben Arbeiten übernommen, Geld gespendet, Wahlmaterial verteilt, Veranstaltungen organisiert usw. Ich bin stolz darauf, Mitglied einer GL zu sein, die als Team gemeinsam anpackt.

Kurzum: Ich gratuliere Euch zum Wahlerfolg!

Was mich jedoch ebenso freut an dieser Partei: Niemand wird überheblich. Wir alle wissen, dass wir uns weiterhin mit voller Kraft

für alle anstatt für wenige einsetzen müssen. Wir müssen weiterhin auf die Menschen in unserem Kanton zugehen und sie von unseren politischen Projekten überzeugen. Wir müssen aktiv dranbleiben. Denn die nächsten Wahlen stehen bereits schon fast vor der Tür. Die Grossratswahlen werden uns wieder einiges abverlangen. Aber ich will, dass dieser Kanton wieder solidarischer und insgesamt noch freundlicher wird. Wirtschaftsfreundlich ist er ja schon. Jetzt muss er noch familienfreundlicher, umweltfreundlicher und menschenfreundlicher werden.

Dafür braucht es die SP Kanton Aargau, mehr und stärker denn

je. Denn wir sind es, die an erster Stelle für eine AKW-freie Zukunft und Cleantech kämpfen anstatt für eine Hochrisikotechnologie und den Raubbau an unserer Umwelt. Wir sind es, die eine gute Bildung für alle wollen anstatt neue Kampfflugzeuge. Wir sind es, die sich für sichere Sozialwerke einsetzen anstatt für einen Kahlschlag bei den Renten. Wir sind es, die den Menschen in den Vorder-

Wir alle wissen, dass wir uns weiterhin mit voller Kraft für alle statt für wenige einsetzen müssen.

grund stellen anstatt das Geld. Wir sind die Partei des Fortschritts.

Gönnen wir uns noch ein paar Tage Ruhe und Erholung. Doch dann brechen wir gemeinsam auf Richtung Grossratswahlen 2012. Den Motivationsschub, den das vergangene Wahlwochenende ausgelöst hat, nehmen wir einfach mit. Herzlichen Dank Euch allen! Und auf eine weiterhin so erfolgreiche Zusammenarbeit.

Marco Hardmeier von Aarau ist Grossrat und Präsident der SP Aargau.

EDITORIAL

Was es jetzt braucht

Am 23. Oktober abends Erleichterung: Pascale Bruderer im Stöckli, unsere drei Sitze gehalten und gut besetzt, landesweit die SP gestärkt, die SVP geschwächt, einige Hardliner abgewählt, die Aargauer Atom-CVP mit 66 Prozent Sitzverlust. Im Ständerat: Bereits vor den zweiten Wahlgängen steht die SP gut da,



die SVP bei ihrem angekündigten «Sturm» auf die kleine Kammer bös gestoppt. Dies angesichts der zwei neuen bürgerlichen Splitterparteien BDP und

GLP, die WächselwählerInnen von links und rechts abgezogen haben. «SVP und FDP haben zusammen 13 Sitze verloren... die SP 4 Sitze gewonnen», meinte SP-Parteisekretär Thomas Christen am Tag danach. Ist die Schweiz nach links gerückt? Was bringen die neuen «Mitteparteien» GLP und BDP? Werden sie wie der Landesring wieder verschwinden? Biedern sich die arg zerzausten Grünen nach rechts an? Wird die SVP wieder anständiger? Das liegt auch an uns. In der neuen Legislatur geht es zudem um Politik für alle statt für wenige: bei den Sozialwerken, der Energie- und der Gesundheitspolitik, dem Finanz- und Werkplatz Schweiz, dem Erhalt unserer Infrastruktur. Was es jetzt braucht: Wir müssen gegen den Mitte-Mainstream, der nur Abbau will, kämpfen, und zwar mit allen Mitteln, parlamentarischen und auf der Strasse. Wir müssen unsere Positionen und Lösungen noch mehr unters Volk bringen. Das braucht Kampfgeist und Körpereinsatz. Genau in einem Jahr, am 21. Oktober, wählt der Aargau Grossen Rat und Regierung. Eine Pause gibt es also nicht. Gesucht sind jetzt Leute, die kandidieren und unsere Inhalte mit Überzeugung und Kraft geschickt in der Öffentlichkeit vertreten. Wie im Wahlkampf 2011.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Ein herzliches Dankeschön!

Meine Freude über die Rückeroberung eines Ständeratssitzes für die SP Aargau ist riesig. Noch intensiver ist angesichts meiner Wahl im ersten Durchgang ein anderes Gefühl: enorme Dankbarkeit – für die Unterstützung durch die Partei, für den grossartigen Einsatz der Nationalratskandidierenden, für das Vertrauen der zahlreichen Wählerinnen und Wähler. Die Ausmarchung um einen Sitz im Ständerat ist keine Parteiwahl. Vielmehr verlangt das im ersten Wahlgang notwendige absolute Mehr



© Otto Wermuth

nach einem Support, der weit über die eigenen Reihen hinaus reicht. Und trotzdem: Ohne den Rückhalt der Parteibasis ist ein Erfolg wie der, den wir am 23. Oktober feiern durften, absolut undenkbar.

Was die SP Aargau in den vergangenen Monaten geleistet hat, ist indessen weit mehr als blosser Rückhalt: Von der überwältigenden Stimmung anlässlich des Nominationsparteitags im Februar über das Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten auf der Nationalratsliste bis hin zur unermüdlichen Mobilisierung in den Bezirken und Sektionen – ich fühlte mich stets getragen und hervorragend unterstützt. Dass ich mich für diesen grossen Einsatz mit der Rückeroberung des SP-Ständeratssitzes nach mehr als 60 Jahren revanieren darf, freut mich riesig!

Eine erste Kurzanalyse des Resultats zeigt auf, dass meine Kandidatur in allen Regionen unseres Kantons enorme Unterstützung fand. Dieser Vertrauensbeweis ist schlicht überwältigend – und eine wunderbare Motivationspritze für mein künftiges Engagement als Aargauer Ständerätin.

Pascale Bruderer Wyss aus Nussbaumen ist SP-Nationalrätin und gewählte SP-Ständerätin.



UMFRAGE BEI DEN KANDIDIERENDEN NACH DER WAHL

Unsere Inhalte kamen

kk. links.ag befragte die Kandidierenden nach ihren Erfahrungen im Wahlkampf. Die Antworten zeigen auch, wo die SP noch Handlungsbedarf hat.

«Der Wahlkampf hat mir viel Freude gemacht, weil ich von allen Mitstreitenden stets positiv Unterstützung erhielt und ich schon im Vorfeld signalisierte, dass ich nur mitmachen würde, wenn alle für alle kämpfen und alle (fast) alles machen würden, um Stimmen für die SP zu erhalten!», erklärt Astrid Andermatt. Von allen Kandidierenden, die die Fragen beantwortet haben, wurde der kollegiale Umgang geschätzt. Dieser war nicht selbstverständlich, gab es doch auch schon Wahlkämpfe mit erbitterten Konkurrenzen innerhalb des SP-Felds. Sicher aber hat die solidarische Haltung nicht nur den einzelnen KandidatInnen genützt. Auch für die Glaubwürdigkeit der SP war dieser Auftritt entscheidend.

Energie, ArbeitnehmerInnen, Gesundheitskosten, Sicherheit & Co.

Ihre Anliegen konnten die Kandidierenden

bei verschiedenen Gelegenheiten bekannt machen, so auf Podien – die mal als nützlich, mal als wenig effizient beurteilt wurden – und anderen Veranstaltungen. Wichtig war der direkte Kontakt auf der Strasse: «Die Anliegen konnte ich sehr gut vertreten. Das Echo war für mich überraschend positiv. Vor allem auf die zahlreichen Sammelaktionen», schreibt Cédric Wermuth, den man, meistens zusammen mit Thomas Leitch und dessen «Leitch-Mobil», fast täglich irgendwo auf der Strasse beim Unterschriftensammeln für die diversen laufenden Initiativen finden konnte. Mit der Einheitskassen-, der Erbschaftssteuer- und der Mindestlohninitiative trifft die Partei die Sorgen der Bevölkerung offensichtlich. Auch die Energiepolitik der SP kommt gut an, obwohl die wenigsten im Volk einen so elitären Begriff wie «Cleantech» verstehen. «Am kontroversesten und emotionalsten einmal mehr

KOMMENTAR

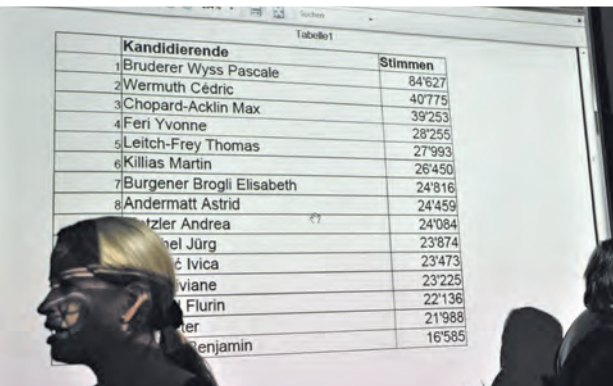
Unsere vier in Bern

Vier Aargauer SP-Sitze in Bern liessen die Wahlfreiernden am 23. Oktober jubeln. Dass alle vier Sitze aus dem Bezirk Baden besetzt wurden, gibt aber zu denken.

Mit fabelhaften 99 293 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von knapp 49 Prozent hat Pascale Bruderer nach einem bemerkenswert klugen und zielgerichteten Wahlkampf – mit und trotz Schwangerschaft – die Wahl in den Ständerat im ersten Wahlgang geschafft. Freude darüber und Erleichterung herrschten am Wahl-

sonntag nicht nur bei der neuen Ständerätin und ihrer Familie, sondern auch bei der SP und den vielen Wählerinnen und Wählern, die die SP-Kandidatin unterstützt haben. Seit dem Tod von Karl Killer¹ 1948 wird der Aargau im Stände-

¹Karl Killer (1878–1948) erwarb sich als Lehrer und Politiker grosse Verdienste um das Aargauer Schulwesen und die Lehrerbesoldungen. Von 1913–1948 – im SP-Parteiprogramm von 1920 wurde noch zum Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats aufgerufen – war er SP-Grossrat und als solcher 1922/3 erster SP-Grossratspräsident, von 1927–1948 erster Badener SP-Stadtammann, von 1919–1943 erster Aargauer SP-Nationalrat und von 1943–1948 erster und bis zum 23. Oktober 2011 einziger Aargauer SP-Ständerat. Während des Zweiten Weltkriegs präsidierte der Gegner der Todesstrafe eine Zeitlang die Begnadigungskommission, die die Todesurteile gegen Landesverräter überprüfte. Karl Killer starb in seiner Amtszeit als Stadtammann, Grossrat und Ständerat.



Kandidierende	Stimmen
1 Bruderer Wyss Pascale	84'627
2 Wermuth Cédric	40'775
3 Chopard-Acklin Max	39'253
4 Feri Yvonne	28'255
5 Leitch-Frey Thomas	27'993
6 Killias Martin	26'450
7 Burgener Brogli Elisabeth	24'816
8 Andermatt Astrid	24'459
9 ...nzler Andrea	24'084
10 ...el Jürg	23'874
11 ...C Ivica	23'473
12 ...viane	23'225
13 ...Flurin	22'136
14 ...er	21'988
15 ...enjamin	16'585



sehr gut an

die Kapitalismusfrage. Was mir gefehlt hat, sind die Themen der Sozialpolitik. Erst gegen Ende des Wahlkampfes konnte ich sie im Zusammenhang mit dem Finanzdebakel einbringen», meint Elisabeth Burgener, Energie- und Bildungsspezialistin wie Astrid Andermatt. Gewerkschaftskandidatin Viviane Hösli stellt Handlungsbedarf der SP fest: «Viele hatten konkrete Fragen zu den Mindestlöhnen, dem AKW-Aus und zu den Gesundheitskosten. Hier hat die SP gute Lösungen anzubieten, und das wird von der Bevölkerung auch so gesehen. Die Interventionen der SP im Bereich der Frankenstärke und der flankierenden Massnahmen wurden aber von vielen nicht wahrgenommen. Hier war es notwendig, dass die Bevölkerung darauf angesprochen und aufgeklärt wurde. Viele fühlen sich diesen Problemen hilflos ausgeliefert.» Buchhändlerin Viviane Hösli konnte auch feststellen, dass eine Liste mit «Menschen, welche einen unakademischen Beruf ausüben», Vorurteile im Volk gegenüber der SP abbauen hilft. Rechtsprofessor und Kri-

minologe Martin Killias wiederum hat sich im Wahlkampf, in dessen Zeit auch die Veröffentlichung der von ihm betreuten Opferbefragung 2011 im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren fiel, vor allem zum Thema Gewalt geäußert – und erlebt, dass man ihn fragte, warum er dann nicht in der SVP sei. Er habe dies sachlich zu erklären versucht: «SVP-Vorschläge sind regelmässig publikumswirksame Rundumschläge, die wie die Ausschaffungsinitiative nichts zur Lösung beitragen. Auch geht es nicht darum, härter zu bestrafen – sondern einfach vorhersehbarer, dafür aber massvoll. Wir werden auch über die Wahlen hinaus einen grossen Effort machen müssen, um diese wichtigen Nuancen der Öffentlichkeit bewusst zu machen.» Die SP habe «zu lange zu diesem Thema geschwiegen und damit das Feld der SVP überlassen.»

Kritik und Anerkennung

«Erstaunlich wenig» Kritik hörte Cédric Wermuth, und wenn, dann wegen früheren JUSO-

Aktionen. Das Parteiprogramm sei weniger wichtig, bilanziert Viviane Hösli, ausschlaggebend sei die konkrete SP-Politik im Aargau und in Bern. Die «Überfremdungsfrage» hörte nur Elisabeth Burgener. Anerkennung gab es übereinstimmend für den aktiven Wahlkampf der Kandidierenden, für den Wahlslogan und für die Lösungsvorschläge der SP. «Die Anliegen der SP konnte ich vor allem mit dem Wahlslogan «Für alle statt für wenige» vertreten. Er fasst all das, wofür wir stehen, absolut treffend und einleuchtend zusammen», fand Dieter Egli, stellvertretend für alle.

«Die vielen Begegnungen und Gespräche zeigten mir, dass es die SP braucht», schrieb Thomas Leitch am Wahltag. Und dies nicht nur aus politischen Gründen, wie Dieter Egli feststellte: «In Baden wollte ich einer älteren Dame ein SP-Weggli überreichen. Darauf schaute sie mich ganz entgeistert an und fragte: «Was, sind Wahlen?»»

Demokratie braucht Wahlkampf.

rat erstmals wieder auch durch ein SP-Mitglied vertreten.

Auf der Nationalratsliste erreichte Pascale Bruderer mit 84 627 Stimmen mehr als doppelt so viele wie der an zweiter Stelle sehr gut gewählte Badener Cédric Wermuth mit 40 775. Der 25jährige Vizepräsident der SP Schweiz hat seit seiner Zeit als JUSO-Präsident eine starke Medienpräsenz. Er steht für eine junge, für ihre Werte mit allen Mitteln kämpfende SP.

Mit 39 253 Stimmen wurde der vor zwei Jahren für Urs Hofmann in den Nationalrat nachgerückte Unia-Sekretär Max Chopard-Acklin wiedergewählt. Max Chopard, bisher Mitglied der Kommission für Sicherheit (SIK), wird in dieser

Legislatur seine kämpferischen Qualitäten auch für die Sicherung des Sozialstaats einsetzen müssen.

Mit 28 255 Stimmen erreichte die Wettinger Gemeinderätin und LZH-Geschäftsführerin Yvonne Feri das Quorum für den Nationalrat. Yvonne Feris bisherige Erfahrungen und Stärken liegen vor allem im Sozial- und im Bildungsbereich.

Alle vier gewählten SP-MagistratInnen kommen aus dem wählerstarken Bezirk Baden, Pascale Bruderer und Max Chopard sind in Nussbaumen sogar Nachbarn. Das mag irritieren – die Kandidierenden aus den kleineren Bezirken haben sich ebenfalls mit grossem, zum

Teil auch grossem finanziellem Einsatz engagiert, hatten mit dem bestehenden Wahlsystem aber kleinere Chancen. Um so mehr waren der solidarische Wahlkampf und die neidlose Anerkennung der Wahlen durch alle Kandidierenden bewundernswert. Es stellt sich nun die Frage, ob die Partei, etwa mit der Listengestaltung, künftig etwas zur Chancengleichheit der Kandidierenden beitragen kann.

KOMMENTAR

Aargauische Volksinitiative
«Jagen ohne tierquälerisches Treiben»

Unnötige Initiative

Die Jäger erfüllen eine öffentliche Aufgabe und haben einen gesetzlichen Auftrag. Sie sorgen für gesunde Tiere und für angepasste Bestände. Die Natur regelt dies nicht mehr wie zu Zeiten der unberührten europäischen Urwälder. Lebensräume haben wir eingeengt, das Kulturland wirtschaftlich ausgereizt und die natürlichen Regulierer, Luchs und Bär, sind schwierig anzusiedeln und schon gar nicht im Aargau.



Von den Jägern erwarten wir aber, dass sie die Tiere achten, sie nicht tierquälerisch treiben, ethisch handeln und die Einschränkungen und Schonzeiten einhalten. Dies gilt auch für die Bewegungsjagd. Ein unnötiges Herumhetzen der Wildtiere darf nicht geschehen. Das von der SP unterstützte Jagdgesetz von 2009 ist eine zeitgemässe Grundlage für den Umgang mit der Jagd. §15 in der Verordnung zum Jagdgesetz beschränkt die Bewegungsjagden auf 1. Oktober bis 31. Dezember, für die Jagd auf Wildschweine einen Monat länger. Diese Bewegungsjagden müssen effizient und in der Anzahl zurückhaltend durchgeführt werden, heisst es weiter im Verordnungstext. Und in § 16 wird klar verlangt, dass Jagdwaffen und Munition auf die geeignete Distanz tödlich wirken müssen.

Das neue Jagdgesetz und die Verordnung dazu regeln das Jagen und den Schutz des Wildes genügend. Der Vollzug muss natürlich greifen. Die Wildaufseher und die zuständigen Behörden vollziehen den Auftrag gut. Das erneute Volksbegehren empfehlen wir zur Ablehnung, da es verkennt, dass die Natur leider nicht mehr im Stande ist, sich selber zu regulieren.

Astrid Andermatt von Lengnau ist SP-Grossrätin.

ABSTIMMUNG ÜBER DAS GROSSRATSWAHLGESETZ

Wahlgesetzänderung ist eine Zwängerei

Am 27. November stimmt der Kanton Aargau über das Grossratswahlgesetz ab – schon zum dritten Mal innerhalb von acht Jahren. Die aktuelle Änderung muss abgelehnt werden: Sie verfälscht den Volkswillen. Dieter Egli

2004 wurde der Grosse Rat von 200 auf 140 Mitglieder verkleinert und das Wahlgesetz geändert. In der Folge rügte das Bundesgericht, dass in gewissen Bezirken die nötige Stimmenzahl zur Erringung eines Sitzes im Vergleich zu anderen Bezirken zu gross war. So wurde das Gesetz wieder geändert. 2009 wählte der Aargau erstmals nach der Methode des «Doppelten Pukelsheim»: In einer ersten Runde werden die Sitze gemäss den Stimmen auf die Parteien aufgeteilt, in einer zweiten Runde auf die Bezirke.

Bereits 2010 verlangte die FDP mit einem Vorstoss, dass Parteien für den Einzug ins Parlament einen Mindeststimmenanteil, ein Quorum, erreichen müssen. Mit Schützenhilfe der SVP und der CVP wurde der Vorstoss überwiesen, und die Regierung erarbeitete – widerwillig – ein entsprechendes Modell. Nach diesem muss eine Partei mindestens in einem Bezirk fünf Prozent oder im ganzen Kanton drei Prozent der Stimmen erhalten, um im Grossen Rat vertreten zu sein.

Die bürgerliche Begründung für diese Ausschlussformel: Ineffizienz! Seit 2009 seien zu viele kleine und kleinste Parteien im Rat. Einzelne Mitglieder reichten zu viele Vorstösse ein, und ihre Wortmeldungen verlängerten die Debatten.

Obwohl die SP rechnerisch von diesem profitieren würde, wehrt sie sich zusammen mit den kleinen Parteien gegen das Quorum – einfach darum, weil es für ein Quorum keine Begründung gibt. Ein Parlament soll den Wählerwillen so genau wie möglich abbilden. Die Parteienvielfalt hat dem Grossen Rat bisher nicht geschadet, mit zehn Gruppierungen ist sie auch nicht überaus gross. Und entgegen anfänglichen Befürchtungen auch in der SP wurden 2009 zwar einige polarisierende, aber keine extremistischen Parteien gewählt.

Der Vorwurf der Ineffizienz sticht nicht. Denn erstens ist es gefährlich, in einem Parlament nach Effizienz zu verlangen. Das effizien-

testeste politische System ist die Diktatur! Und zweitens sind es nicht nur Mitglieder kleiner Parteien, die viele Vorstösse einreichen und viel reden. Oft ist es gerade die grundsätzlich staatsfeindliche und destruktive Verweigerungshaltung der grössten Partei, der SVP, die ganze Debatten sinnlos macht und so Ineffizienz produziert...

Mit der neuen Regelung würde ein Teil des Volks, darunter auch die Jungen, mundtot gemacht. Denn Stimmen für Parteien, die das Quorum nicht erreichen, würden künftig verfallen. Dies gilt auch für Jungparteien, die mit dem Quorum wohl nie eine Chance hätten, jemals ins Parlament einzuziehen. Dass ein Quorum nicht der Weg zum besten aller Wahlsysteme ist, zeigt der Kanton Zürich: Er kennt ein

Der Vorwurf der Ineffizienz sticht nicht. Das effizienteste politische System ist die Diktatur.

Quorum, diskutiert aber bereits wieder über dessen Abschaffung!

Fazit: Die Bürgerlichen betreiben Machterhaltung um jeden Preis. Jetzt das Grossratswahlgesetz schon wieder zu ändern, ist eine Zwängerei – und ein Akt der Ungerechtigkeit. Ein Quorum führt zu Ergebnisverzerrungen. Der Aargau verdient aber genau das Parlament, das wir Aargauerinnen und Aargauer wählen – bis auf jede einzelne Stimme! Darum muss diese Wahlgesetzänderung am 27. November abgelehnt werden.

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der GL der SP Aargau.



AARGAUISCHE VOLKSINITIATIVE DER SP

Keine Patientenbeteiligung in der ambulanten Pflege

Die Revision des Aargauer Pflegegesetzes für die Neuordnung der Pflegefinanzierung braucht es. Eine Patientenbeteiligung von 20 Prozent an den Spitexkosten, wie sie der Grosse Rat beschlossen hat, wäre aber verhängnisvoll. Darum lanciert die SP Aargau im November 2011 eine Volksinitiative gegen diese Patientenbeteiligung. Barbara Roth

Im Juni 2008 entschieden die eidgenössischen Räte die Änderungen des Bundesgesetzes über die obligatorische Krankenversicherung KVG, dies zur Neuordnung der Pflegefinanzierung. Unter anderem wurde entschieden, dass in der stationären und ambulanten Pflege, zusätzlich zur jährlichen Franchise und dem Selbstbehaltkostenbetrag, eine Patientenbeteiligung von maximal 20 Prozent des höchsten Pflegebeitrages der Krankenversicherer auf die LeistungsbezügerInnen überwältigt werden darf.

Die neue Pflegefinanzierung machte eine Revision des kantonalen Pflegegesetzes notwendig. Dieses soll am 1. Januar 2012 in Kraft treten. In einem ersten Gesetzesentwurf schlug der Regierungsrat einen Verzicht auf die Patientenbeteiligung in der ambulanten Pflege zu Hause vor. Dies mit folgenden Argumenten:

- In der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung des Kantons Aargau hat der Grosse Rat zwecks Entlastung der stationären und zur Stärkung der ambulanten Strukturen im Langzeitpflegebereich den Grundsatz «ambulant vor stationär» festgesetzt.

- Die konsequente Umsetzung dieses Grundsatzes bedeutet den Verzicht auf eine Patientenbeteiligung in der ambulanten Pflege. Nur

so gibt es einen klaren Anreiz für die Patientinnen und Patienten für einen längeren Verbleib zu Hause.

- Dieser Anreiz wäre mit einer zwanzigprozentigen Patientenbeteiligung von Fr. 15.95 pro Tag im ambulanten Bereich – im Vergleich zur zwanzigprozentigen Patientenbeteiligung von Fr. 21.60 pro Tag im stationären Bereich – zu klein. Die Pflege und Betreuung zu Hause ist auch ohne eine neue zusätzliche finanzielle Belastung von maximal 5825 Franken pro Jahr eine hohe Belastung für das soziale Umfeld der Pflegebedürftigen.

Die SP-Fraktion verlangte einen Verzicht auf die Patientenbeteiligung in der ambulanten Pflege zu Hause. Neben den regierungsrätlichen Argumenten gibt es weitere Gründe gegen diese Patientenbeteiligung:

Mit der SP-Initiative soll der Grossratsbeschluss zugunsten pflegebedürftiger Menschen korrigiert werden.

gen diese Patientenbeteiligung:

- Viele Pflegebedürftige müssen zu Hause auch hauswirtschaftliche Leistungen in Anspruch nehmen, die sie vollumfänglich aus eigenen Mitteln zu begleichen haben.

- Die hohen Kosten der Patientenbeteiligung sind nicht nur eine grosse finanzielle Mehrbelastung für pflegebedürftige betagte Personen, sondern belasten auch das bereits knappe Budget junger Familien, die auf die Spitex angewiesen sind.

- Die Übernahme der Patientenbeteiligung der ambulanten Pflege zu Hause kommt die Finanzierung der Restkosten der stationären Langzeitpflegeeinrichtungen.

Wie so oft fanden all diese gesundheits- und sozialpolitischen Argumente bei der bürgerlichen Mehrheit des Grossen Rats kein Gehör. Mit der Initiative der SP Aargau soll der Grossratsbeschluss zugunsten der pflegebedürftigen Menschen in unserem Kanton korrigiert werden.

Barbara Roth von Erlinsbach ist SP-Grossrätin.



KOMMENTAR

Abstimmung zum Hundegesetz

Das andere Ende der Leine in die Pflicht nehmen

Als das heute gültige Hundegesetz vor 140 Jahren in Kraft trat, spielte der Hund eine andere Rolle als heute in unserem dicht besiedelten Kanton. Tragische Vorfälle der letzten Jahre zeigten, dass das alte Gesetz das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit nicht mehr erfüllen kann. Da der Bund keine einheitliche Lösung fand, sind die Kantone gefordert. So haben einige unserer Nachbarn mit scharfen Gesetzen reagiert. Der Aargau dagegen will nur eingreifen, wo wirklich Handlungsbedarf besteht. Wird das Gesetz angenommen, so erstellt der Regierungsrat eine Liste der Rassen mit erhöhtem Gefährdungspotential. Deren HalterInnen müssen in Zukunft eine Bewilligung erwerben und einen intensiven Halterkurs besuchen. Nach bestandener Prüfung sind nur sie berechtigt, ihren Hund im öffentlichen Raum ohne Leine zu führen. Für die überwiegende Mehrheit der HundehalterInnen ändern sich nur Details (www.ja-zum-hundegesetz.ch).

Diese sinnvolle Verschärfung führt zu entscheidend mehr Sicherheit. Denn in Zukunft werden die Gemeinden verpflichtet sein, den Besitz der nötigen Ausweise zu kontrollieren. Und sie erhalten gute Rechtsgrundlagen zum Eingreifen, falls dies nötig sein sollte.

Gegen das Gesetz sind HalterInnen gefährlicher Hunde sowie Menschen, die nach totaler Sicherheit streben. Die SP des Kantons Aargau hat mit überwältigender Mehrheit ein Ja zu diesem massvollen Gesetz beschlossen.

Peter Koller von Rheinfelden ist SP-Grossrat.

Peter Koller von Rheinfelden ist SP-Grossrat.



KOMMENTAR

Pauschalbesteuerung

Eine Sonderregelung für fünfzehn Kantons-einwohnerInnen?

Die Pauschalbesteuerung ist ein Instrument des Bundes. Demnach haben ausländische Personen, die in der Schweiz Wohnsitz nehmen und in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben, das Recht, anstelle der Einkommens- und Vermögenssteuer eine Steuer nach dem Aufwand zu entrichten. Grundsätzlich werden natürliche



Personen aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit besteuert.

Der Regierungsrat nennt als Grund der Ungleichbehandlung der ausländischen Personen, dass der Verwaltung und der steuerpflichtigen Person die Möglichkeit gegeben werden soll, in Fällen, in denen die Erhebung und die internationale Abgrenzung von grösseren Schwierigkeiten begleitet wäre, eine einfache Steuerbemessungsgrundlage zu schaffen.

Im Aargau werden gemäss Finanzdirektor Roland Brogli (CVP) zur Zeit 15 Personen pauschal besteuert. Ich sehe keinen Sinn für eine Sonderregelung für 15 Personen. Es gibt keinen Grund für die Ungleichbehandlung. Ich sehe auch im Steuerwettbewerb um vermögende Personen zwischen Gemeinden und den Kantonen keinen Sinn. Meine Vision: ein Steuerrecht für die ganze Schweiz, ohne Wettbewerb unter den Gemeinden und den Kantonen. Eine Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung in unserem Kanton ist dazu ein erster Schritt.

Claudia Rohrer von Rheinfelden ist Rechtsanwältin und Vorstandsmitglied der SP Stadt Rheinfelden.

SP AARGAU GEGEN PAUSCHALSTEUER

Die Pauschalbesteuerung gehört abgeschafft

Nachdem Regierung und Grosse Rat die Abschaffung der Pauschalsteuer im Aargau per Motion abgelehnt haben, plant die SP Aargau zu diesem Zweck nun eine Initiative. Diese hat Aussicht auf Erfolg. Thomas Leitch

Steuerungerechtigkeit

Ausländische MillionärInnen, die in der Schweiz wohnen, können von der Pauschalbesteuerung profitieren, wenn sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben. Statt auf der Basis ihres tatsächlichen Einkommens und Vermögens werden sie pauschal aufgrund ihrer mutmasslichen Lebenshaltungskosten besteuert. Sie versteuern bloss einen Pauschalbeitrag – in der Regel den fünffachen Mietwert ihrer Wohnung oder den doppelten Pensionspreis als Einkommen. Auf diesem Betrag wird ihnen der ordentliche kantonale beziehungsweise eidgenössische Steuersatz verrechnet. 2003 profitierten 2394, 2008 bereits 5003 ausländische MillionärInnen von diesem Steuerprivileg. Dabei widerspricht diese Besteuerung nach Aufwand klar den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wie sie unsere Verfassung vorschreibt. In immer grösseren Teilen der Bevölkerung stösst die Pauschalbesteuerung mit ihren massiven und nicht transparenten Steuerprivilegien für eine kleine Zahl von Steuerflüchtlingsen deshalb zur Ablehnung. Die Bevölkerung empfindet es als stossend, dass AusländerInnen, die vom Kapitaleinkommen leben, steuerlich anders behandelt werden als erwerbstätige SchweizerInnen. Das untergräbt die Steuermoral.

Steuerungerechtigkeit im Grossen Rat ohne Chance

Die SP-Fraktion hat am 18. Januar 2011 im Grossen Rat eine Motion zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung eingereicht. Der Regierungsrat beantwortete diese ablehnend. Im Kanton Aargau bezahlen sämtliche 15 Pauschalbesteuerten eine angemessene Steuer. Es sei somit nicht angezeigt, die Besteuerung nach dem Aufwand im Aargau abzuschaffen.

Der Grosse Rat – wen wundert's – folgte dieser unhaltbaren Argumentation und lehnte die Motion am 6. September mit 87 gegen 37 Stimmen ab.

Parteitag für Abschaffunginitiative

Die Delegierten der SP Aargau gaben darauf am Parteitag vom 27. September der Geschäftsleitung grünes Licht zur Prüfung einer kantonalen Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer. Eine solche Initiative dürfte gute Chancen haben: Nach dem Stimmvolk des Kantons Zürich verabschiedeten sich diesen September nämlich auch die SchaffhauserInnen von diesem skandalösen Steuerprivileg. Am 1. Mai wurde ein Antrag auf Abschaffung

Die Besteuerung nach Aufwand widerspricht klar den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

der Pauschalsteuer an der Landsgemeinde in Glarus nur hauchdünn verworfen – es musste dreimal ausgezählt werden. Am 15. Mai erzielte eine gleiche Initiative im konservativen Thurgau 47 Prozent Ja-Stimmen, und ein Gegenvorschlag, der die heutigen Ansätze verdoppelt, wurde angenommen. Am 27. November wird im Kanton St. Gallen über die SP-Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer entschieden. Weitere Abstimmungen stehen in Luzern, Bern, Appenzell Innerrhoden, den beiden Basel und Zug an. Seit dem 19. April läuft auch die eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre», die die Besteuerung nach Aufwand in der Verfassung verbieten will. Ich denke, dass wir im Aargau die nötigen 3000 Unterschriften für etwas mehr Steuerungerechtigkeit im Nu zusammen hätten. Wir bleiben dran!

Thomas Leitch von Wohlen ist SP-Grossrat.





SP FRAUEN AARGAU

Sämy geht

Zwei Jahre prägte Sandra-Anne Göbelbecker die Aktivitäten der SP Frauen Aargau. Nun hat sie das Co-Präsidium verlassen und will politisch kürzer treten. Die SP Aargau verdankt der engagierten und kritischen Genossin Sandra-Anne «Sämy» Göbelbecker vieles. Ein Rückblick mit Fragen.

links.ag: Du hast in der Geschäftsleitung der SP Aargau mitgearbeitet, warst Grossrätin, CO-Präsidentin der SP Frauen, als Delegierte fast an jedem Parteitag (und im Gewerkschaftsbund) dabei und hast zum Beispiel für die letzten drei Initiativen der Kantonalpartei die meisten Unterschriften gesammelt. Warum ziehst Du Dich nun mit 39 Jahren so radikal aus allen Ämtern zurück?

Sandra-Anne Göbelbecker: Ein indianisches Sprichwort sagt: «Wenn sich der Körper zu sehr beeilt, kommt die Seele nicht mehr mit.» 1999 bin ich der SP beigetreten, seither widme ich den grössten Teil meiner Freizeit der Politik: sei es an Standaktionen, beim Kleistern und Ständer Stellen, Vernehmlassungen Beantworten, Konzepte Schreiben, Besuch von Veranstaltungen und vielem mehr – in der gleichen Zeit sind unsere drei Söhne geboren, mein Bruder gestorben und mein Partner Peter und ich haben ein bestehendes Geschäft gekauft, um in Zukunft finanziell sicherer da zu stehen. Das Organisieren des Alltags (Familie, Geschäft, berufliche Tätigkeit und Politik) hat in den letzten anderthalb Jahren zuviel Kraft und Energie gekostet, auch wenn ich in Peter einen Partner habe, der mit mir Beruf- und Familien-

arbeit teilt. Ich musste schmerzlich einsehen, dass ich (wir) nicht alles unter einen Hut bringen. Und ich halte nichts von Mittelmässigkeit. Fazit: Meine Seele und mein Körper brauchen Ruhe und Zeit um nachzuspüren, was mir das Leben noch zu bieten hat.

Gibt es neben den persönlichen Gründen auch politische für Deinen Rücktritt?

Nein. Ich bleibe SP-Mitglied und aktive Wählerin und Stimmbürgerin.

Was muss die SP, was müssen die SP Frauen anders und besser machen?

Die SP muss weiterhin Partei der Vielfalt und Entfaltung bleiben. Sie muss im Dialog stehen mit den jungen und den alten Genossinnen und Genossen, den Secondos und Secondas und eben auch mit den SP-Frauen – natürlich auch umgekehrt! Die SP muss Interesse und Freude an der Vielfalt zeigen. Denn unsere Basis ist vielfältig, und diese Vielfältigkeit verschafft der SP Erfolge wie die Wahl von Pascale Bruderer in den Ständerat. Nur gemeinsam schaffen wir mehr Sozialdemokratie, also mehr für alle statt für wenige! In den Bezirken gibt es noch mehr Pascales und Cédrics, fördern wir diese Kräfte und überfordern wir sie nicht!

Die SP muss offen für Neues und mutig genug sein, dies umzusetzen, und sie darf die Gemeinschaft pflegen. Die SP muss die Partei der Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit bleiben (intern wie nach aussen), denn wir wollen mehr als wilde Jungs und stille Mädchen!

Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

Verabschiedungen in der Kerngruppe
SP Frauen Aargau

Der Gedanke ist nichts ohne Enthusiasmus

(Germaine de Staël)

An der Frauenkonferenz vom 27. September hiess es in der Kerngruppe Frauen Abschied nehmen von Helen Häseli, Gipf-Oberfrick, und Sämy Göbelbecker, Baden. Beide Frauen haben jahrelang die Aktivitäten der SP Frauen Aargau mitgeprägt - mit Enthusiasmus, Ideenreichtum, tatkräftigem Engagement und der notwendigen Hartnäckigkeit. Beide wurden nie müde, sich Gedanken zu machen: Wie die Gleichberechtigung stärker verankert werden kann, wie Gender-Themen ins Bewusstsein aller rücken, wo Überzeugungsarbeit für «gleich viel» dringend ist. «Von



dir hängt es ab», riefen sie allen zu, «von mir hängt es ab», sagten sie sich selbst und scheuten keinen Aufwand!

Sowohl Sämys Temperament und Durchsetzungskraft wie Helens Besonnenheit und absolute Zuverlässigkeit verhalfen vielen Ideen zur Umsetzung. Dass ihnen das riesige Engagement schlussendlich zu viel wurde und sich gesundheitliche Beeinträchtigungen zeigten, macht auch betroffen – und wütend.

Liebe Helen, liebe Sämy, wir danken euch für euren unermüdbaren Einsatz für diejenigen, welche zu wenig haben, und deren Sprachrohr ihr wart. Wir sind sicher, dass ihr es im Rahmen eurer Möglichkeiten weiter sein werdet. Gleichzeitig hoffen wir, es gelingt euch in den kommenden Monaten, durchzuatmen, Kraft zu schöpfen und vielleicht auch Neues anzupacken.

Ihr beide habt eine Riesen-Peperona verdient!

Edith Lüscher von Staufen war von 1998 bis 2007 SP-Grossrätin, von 2001 bis 2005 Vizepräsidentin der Fraktion. Sie ist Mitglied der Kerngruppe Frauen der SP Aargau.



SP FRAUEN AARGAU

Peperona-Preis an Nosotras

Mehrere Frauen aus Südamerika, darunter auch Ligia Vogt, haben sich auf Grund ihrer persönlichen schmerzlichen Erfahrungen in der Schweiz erstmals 2007 getroffen. Daraus entstand Nosotras, Wir (Anderen), Aargau, eine niederschwellige Informations- und Beratungsstelle für ausländische Frauen. Ursula Nakamura-Stoecklin

© Ursula Nakamura-Stoecklin



Preisverleihung Peperona. Von links: Pascale Bruderer, Maria Paz Olave, Ana Moncada, Ligia Vogt

Im Vordergrund stehen interkulturelle Fragen, angefangen von (sprachlichen) Missverständnissen bis hin zu handfesten schweren Konflikten wie häusliche Gewalt.

Die Nosotras-Beraterinnen sind Fachpersonen. So sind Maria Paz Olave aus Chile und Ana Moncada Juristinnen, Ligia Vogt ist Soziologin.

Naturgemäss kommen häufig Frauen aus Lateinamerika zur Beratung und können sich dort auf Portugiesisch oder Spanisch verständigen. Doch inzwischen treffen sich längst auch Frauen aus Osteuropa, der Türkei und Afrika im Familienzentrum «Karussell» in Baden. Da sind auch versierte

Kulturvermittlerinnen wichtig, die als Übersetzerinnen wirken. Dank ihrer professionellen Arbeitsweise und dem enormen persönlichen Engagement der Initiantinnen hat sich das ganze Projekt bestens entwickeln können. Mittlerweile ist Nosotras gut vernetzt mit andern Organisationen wie Caritas und Femmes Tisch sowie der kantonalen Opferhilfe. Doch vor allem wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet. Nosotras Aargau packt auch Neues an. Vermehrt soll es Bildungsangebote für ausländische Frauen geben. Eröffnet wird neu ein kleines Büro in der Villa Süssbach Brugg. Dort sollen zum Beispiel ältere Migrantinnen den Umgang mit dem Computer erlernen ...

All dies ist überzeugende Frauenerföderung. Deshalb verleihen die SP Frauen den Peperona-Preis 2011 an Nosotras Aargau als kleine Anerkennung für ihre unschätzbare Arbeit und wünschen ihnen viel Erfolg.

Koordination und Kontakte:
Ligia Vogt, Tel. 079 355 06 61,
info(at)nosotras-aargau.ch
Treffpunkt: Familienzentrum
«Karussell», Kirchplatz 3, Baden
Infos: www.nosotras-aargau.ch



Ursula Nakamura-Stoecklin von Wölflinswil ist Co-Präsidentin der SP-Frauen Aargau.

PAROLEN

Kantonale Abstimmungen vom 27. November
Parolen der SP Aargau

- **Hundegesetz (HuG)** vom 15. März 2011: **JA**
- **Verfassung des Kantons Aargau** (Zusammenlegung der kantonalen Amts- und Rechnungsjahre auf den 1. Januar) Änderung vom 3. Mai 2011: **JA**
- **Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz)**, Änderung vom 7. Juni 2011: **NEIN**
- **Aargauische Volksinitiative «Jagen ohne tierquälerisches Treiben»** vom 13. Oktober 2010: **NEIN**

11. caféCantonal

SAMSTAG, 17. DEZEMBER 2011
10.00 BIS 12.00 UHR
AULA BEZIRKSSCHULE
(SCHANZMÄTTELSTRASSE)
AARGAU
MENU
TOUR D'HORIZON
DURCH DIE AARGAUER POLITIK
SERVIERT VON
LANDAMMANN URS HOFMANN
DESSERT: FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum 11. CaféCantonal und zum anschliessenden Apéro eingeladen.

12. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin

Donnerstag 5. Januar 2012
19.30 bis 21.00 Uhr
Suppenbar souperbe
Storchengasse 8, Brugg

Bericht von der Wintersession
mit offerierter Suppe

Es laden ein:
SP Bezirk Brugg und
Komitee pro Max Chopard-Acklin

AGENDA

27. November
2. Wahlgang Ständerat
Kantonale Abstimmungen, siehe Abstimmungsparolen der SP Aargau auf dieser Seite

29. November, 13. Dezember, 3. und 24. Januar 2012
Geschäftsleitungs-Sitzung SP Aargau
17.30 Uhr im Volkshaus Aarau

17. Dezember
11. caféCantonal von Landammann Urs Hofmann
10–12 Uhr, Aula Bezirksschule Aarau

5. Januar
12. Berner Suppe à la Nationalrat Max Chopard, Bericht aus der Wintersession.
19.30–21 Uhr, Suppenbar souperbe, Brugg

10. Januar
Ausserordentlicher Parteitag der SP Aargau
20–22 Uhr, Restaurant Rathausgarten in Aarau

17. Januar
Parteirat
17–21 Uhr, Volkshaus Aarau

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3255

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
24. Oktober 2011
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
9. Januar 2012

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Astrid Andermatt, Pascale Bruderer, Dieter Egli, Marco Hardmeier, Katharina Kerr, Peter Koller, Thomas Leitch, Edith Lüscher, Ursula Nakamura-Stoecklin, Claudia Rohrer, Barbara Roth. Fotos S. 9–11 David Zehnder, S. 10–13 Peter Koller und Otto Wermuth.